

In China stehen die Zeichen auf Sturm

Der katastrophale Zusammenbruch des Stalinismus im Ostblock sollte nicht die Tatsache verdecken, daß das bevölkerungsreichste Land und die drittgrößte Ökonomie der Welt, die Volksrepublik China, noch immer ein deformierter Arbeiterstaat ist. Doch das Schicksal der chinesischen Revolution war immer eng mit dem der UdSSR verknüpft: von der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) 1921 bis zu Beginn der sechziger Jahre, als die rivalisierenden Bürokraten in Moskau und Peking ihr berühmtes Zerwürfnis hatten. Solange wie der Imperialismus die UdSSR als seinen wesentlichen internationalen Konkurrenten sah, hatte die chinesische Bürokratie einen beträchtlichen Spielraum zwischen den "Supermächten". Im Jahre 1972 formte die herrschende Kommunistische Partei, unter der Führung ihres "Großen Vorsitzenden" Mao Tse-tung, eine anti-sowjetische Allianz mit Washington.

Aber die Zeiten haben sich geändert. Jetzt, da der Imperialismus China nicht mehr gegen die UdSSR auszuspielen braucht, wird in den Außenministerien, Kabinettsräten und "Think-Tanks" des westlichen Kapitals eifrig diskutiert, wie man am besten den asiatischen Koloss zurückgewinnt, der dem Imperialismus 1949 verlorenging, als Maos Truppen Chiang Kai Tschek besiegten. Die geheimen Absprachen Chinas mit dem US-Imperialismus - von der Unterstützung der UNITA Mörderbanden Jonas Savimbis über den Einmarsch in Vietnam im Jahre 1979 bis zur Hilfe für die afghanischen Mudschaheddin in den 80er Jahren - trugen zum Fall der UdSSR bei. Heute ernten die Bürokraten in Peking die bitteren Früchte ihres eigenen schamlosen Opportunismus in Form von zunehmendem ökonomischen und politischen Druck des Westens.

Aber China zurückzugewinnen wird nicht leicht sein. Seine Herrscher scheinen entschlossen, nicht den Weg ihrer sowjetischen Amtskollegen zu gehen. Daran wurde Clintons Staatssekretär, Warren Christopher, während seines offiziellen Besuches im März in Beijing deutlich erinnert. Als er amerikanische Drohungen wiederholte, Handelssanktionen zu erlassen, falls China in den "Menschenrechten" keine Fortschritte zeige, gab die Führung des Landes dem Weißen Haus zu verstehen, daß dieses sich gefälligst um die eigenen Angelegenheiten kümmern sollte. Um diesen Punkt zu unterstreichen, wurden führende liberale Dissidenten während Christophers Besuch eingesperrt oder unter Hausarrest gestellt. Der Premierminister Li Peng teilte Christopher mit, daß "China niemals das US-Menschenrechtskonzept akzeptieren wird" (New York Times, 13.03.).

Asia Watch schätzt, daß es ungefähr 1.700 politische Gefangene in China gibt (Le Monde, 24.02.). Die chinesischen Dissidenten, die die größte Aufmerksamkeit in den westlichen Medien erhalten - wie z.B. Wei Jingsheng und der im Exil lebende Fang Lizhi - stellen sich gegen das Regime im Namen von "Demokratie" und "Meinungsfreiheit" und zeigen, nicht gerade zufällig, keinerlei Abneigung gegen das freie Unternehmertum. Aber das Regime zögert nicht, pro-sozialistische Opponenten zu verfolgen und war gegenüber militanten Arbeitern besonders hart. TrotzkeistInnen schrecken nicht davor zurück, die Stalinisten zu verteidigen, wenn sie aktive Konterrevolutionäre oder Helfer imperialistischer Institutionen unterdrücken, aber im allgemeinen lehnen wir die stalinistische Praxis ab, politische Opponenten mit den Methoden des Polizeistaates zu unterdrücken.



Peking - Tiananmen-Platz 1989

Doch die westliche Rhetorik über "Menschenrechte" ist im Grunde eine ideologische Waffe der Imperialisten, um aufsässige Regime der "Dritten Welt" und besonders die verbliebenen Arbeiterstaaten zu tyrannisieren. Sidney Shapiro, ein chinesischer Regierungsangestellter, brachte es auf den Punkt, als er in einem Brief, der am 20. März in der New York Times gedruckt wurde, in bezug auf die Christopher-Affäre schrieb:

"... die Chinesen wissen um Amerikas militärisches Eindringen in kleine Länder anderswo und wie furchtbar es um die Bürgerrechte zu Hause bestellt ist. Sie sahen im Fernsehen wie Rodney King zusammengeschlagen wurde. Sie lesen in ihren Zeitungen, daß die amerikanischen Gefängnisse mit Insassen überfüllt sind - hauptsächlich Schwarzen. Die tägliche Presse behandelt ausführlich die Kriminalität, die Drogen, die Armut, die Obdachlosigkeit, die Schieberei und die Korruption in den Vereinigten Staaten. Solch einem Land, so die Überzeugung der Chinesen, steht es nicht zu, über die Verletzung der Bürgerrechte in anderen Ländern zu reden".

Fortsetzung auf Seite 13

China ...

Fortsetzung von Seite 18

Es ist möglich, daß China Erfolg hat, wenn es Washington auf die Probe stellt. In einer Zeit, in der die USA den zunehmenden Druck der anderen kapitalistischen Konkurrenten spüren, sind profitable Investitionsmöglichkeiten und der Zugang zu Chinas riesigem Binnenmarkt für die herrschende Klasse Amerikas viel wichtiger als "Menschenrechte". Clinton zieht bereits sein Wahlversprechen zurück, die Meistbegünstigungsklausel Chinas von der Bereitschaft abhängig zu machen, seine Anweisungen aus dem Weißen Haus zu befolgen. James Lilly, Botschafter in Peking unter George Bush, sprach wahrscheinlich für die Mehrheit der herrschenden Klasse in den USA, als er Demokraten im Kongreß, die den Handel mit China im Namen der "Demokratie" einschränken wollten, folgende Antwort gab:

"Durch die Ermutigung zu breiterer Beteiligung Amerikas in der chinesischen Wirtschaft fördern die USA demokratische Kräfte und verbessern die Menschenrechte. Schnelles Wirtschaftswachstum und Joint-ventures haben mehr dazu beigetragen, die Situation der Menschenrechte in Süd-China zu verbessern als zahllose Drohungen, diplomatische Manöver und einseitig auferlegte Bedingungen" (Foreign Policy, Frühjahr 1994).

Wenn man bedenkt, daß "Demokratie" und "Menschenrechte" der Deckmantel für die kapitalistische Ausbeutung sind, ist Lilleys Strategie - Wiederherstellung der politischen Kontrolle durch ökonomische Einflußnahme - eine interessante Variante für die Imperialisten. Bereits Ende der 70er Jahre, als Deng Xiaoping in einem Land zur Macht kam, das durch die Kulturrevolution vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stand, entwickelte sich das herrschende Regime, trotz einiger Zick-Zacks und Einschränkungen, im wirtschaftlichen Bereich nach rechts. Im Jahre 1978 führte die Regierung eine Anzahl von "Marktformen" durch, die denen Gorbatschows einige Jahre später nicht unähnlich waren. Die zentrale Kontrolle der Industrie wurde gelockert, und Land, das LPGs gehörte, wurde in winzige Zellen geteilt und Bauern mit einem Langzeit-Pachtvertrag überlassen. Kleine dezentrale Erzeuger, ländliche Unternehmungen genannt, schossen auf dem Land wie Pilze aus dem Boden.

Deng Xiaoping ging weiter als Gorbatschow. Ein Teil seines Reformprogramms bestand darin, Freihandelszonen einzurichten, in denen Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht nur toleriert, sondern gefördert wurde, und wo das ausländische Kapital praktisch freie Hand hat. Als Reaktion auf das Massaker auf dem Tiananmen-Platz 1989 versuchten Pekings Herrscher, die Unruhe unter den Massen zu zerstreuen, indem sie den Freihandelszonen sogar noch mehr Spielraum ließen.

Die größten und erfolgreichsten dieser Zonen befinden sich in der südlichen Provinz Guangdong. Das Kiang-Delta, mit einer Bevölkerung von 20 Millionen, erlebt jetzt einen einmaligen wirtschaftlichen Aufschwung aufgrund der ausländischen Investitionen, hauptsächlich aus Taiwan und Hongkong. Guangdong ist nun landesweit führend in bezug auf die industrielle Produktion und den Umsatz des Einzelhandels, und hat mit jährlich 20% die höchste Wach-



Imperialistischer Handlungsreisender ... nach Eroberung des "antifaschistischen Schutzwalls" jetzt die "Chinesische Mauer"?

tumsrate weltweit. Diese Expansion, die auch andere Regionen erreicht hat, resultiert aus einer Export-Industrie mit Billiglöhnen und hat die Provinz zu einem Anziehungspunkt für Millionen von arbeitslosen jungen Bauern des restlichen Teils des Landes gemacht. Während mehr und mehr Jeans, Big Macs und Bordelle in Kanton und Schanghai auftauchen, feiern die westlichen Medien das "südchinesische Wunder" als die neueste 'Vom-Tellerwäscher-zum-Millionär-Geschichte' des Kapitalismus in der "Dritten Welt" und erklären die Region zum "fünften Drachen" Asiens neben Hongkong, Taiwan, Süd-Korea und Singapur.

Die Gerontokraten, die China von ihrem befestigten Zhongnanhai-Lager in der verbotenen Stadt Beijings aus regieren, haben zweifelsohne eine ambivalentere Haltung. Die offizielle Losung der Regierung "Zwei Systeme, ein Land" zeigt ihre Absicht, sich des "Drachens" zu bedienen, um zusammen mit dem staatlichen Sektor dazu beizutragen, China zu einer reichen und mächtigen Gesellschaft zu machen. Und im Moment hat das Regime dadurch einige Vorteile. Das Steueraufkommen der Kapitalisten im Süden dient dazu, die Staatsschulden zu reduzieren und die stokkende Wirtschaft zu subventionieren. Guangdong trägt auch dazu bei, einen Teil der Millionen von Arbeitslosen auf dem Land zu absorbieren. Eben wegen dieser kurzzeitigen Vorteile hat das Regime die Frei-

handelszonen überhaupt erst zugelassen, und läßt sie sich nun, trotz einiger Bedenken ausdehnen.

Aber Guangdong bringt für die Herrscher des deformierten Arbeiterstaates China sowohl Gutes als auch Schlechtes mit sich. Weder Deng Xiaoping noch seine greisen Freunde können die Tatsache übersehen, daß die Bürokraten in Guangdong, die sich durch Bestechungsgelder, Wucher und "finanzielle Aufmerksamkeiten" seitens der kapitalistischen Unternehmen bereichern, eine zunehmend unabhängige Rolle spielen - ganz in der Tradition von regionalen Kriegsfürsten (War Lords). Oder daß Guangdong nun Taiwan oder Hongkong (mit dem es kürzlich durch eine sechsspurige Autobahn verbunden wurde) ähnlicher sieht als dem verarmten Zentral-China. Deng & Co. mußten auch zur Kenntnis nehmen, daß es im Frühjahr und Sommer 1993 Bauernrevolten im gesamten Hinterland gegeben hat.

Kurz gesagt, die staatlichen und privaten Sektoren der chinesischen Wirtschaft befinden sich auf Kollisionskurs. Angesichts des sich zusammenbrauenden Unwetters zieht das Regime die Schrauben der politischen Unterdrückung an. Führer der Kommunistischen Partei sprechen jetzt mit Bewunderung von den Regierungen Singapurs und Süd-Koreas, die es angeblich geschafft haben, den Kapitalismus mit einer autoritären Herrschaft zu verbinden. Wird der Staat, der durch den Sieg der Volksbefreiungsarmee entstand, die kommende Kollision überleben? Kann er sich aus einem deformierten Arbeiterstaat in einen kapitalistischen Staat verwandeln? Weist die Provinz Guangdong dem Rest Chinas den Weg, wie es bürgerliche Ideologen behaupten? Dies sind die drängenden Fragen, die sich durch die jüngste Entwicklung der Volksrepublik China stellen.

Einige "unrichtige Ideen"

Das Anwachsen des kapitalistischen Marktes in China hat verschiedene grundsätzlich falsche Auffassungen aufkommen lassen. Zunächst gibt es da die Vorstellung, daß der Markt irgendwie dazu gebracht werden könnte, dem "Sozialismus" zu dienen, d.h. benutzt werden könnte, um den staatseigenen Sektor in einer langfristigen Perspektive ertragreicher zu machen. Das war der Leitgedanke der KP-Führung, als die Reformen eingeführt wurden. 1984 schrieb Deng Xiaoping einen Artikel für eine thailändische Zeitung, in dem er erklärte:

"Wir sollten mit Begeisterung in unserer weiteren Entwicklung die Rolle der Marktwirtschaft verstärken. Dies hat einige zu der Frage veranlaßt, ob sich China in die Richtung des Kapitalismus bewege. Wir bewegen uns nicht dahin. Die Annahme, eine Marktwirtschaft könne nur unter dem Kapitalismus existieren, ist nicht richtig. Unter dem sozialistischen System kann eine Marktwirtschaft Seite an Seite mit einer planwirtschaftlich produzierenden existieren - und beide können koordiniert werden ... Im Sozialismus funktioniert die Marktwirtschaft im Kontext eines aus zwei Sektoren bestehenden Systems. Einige Produktionsmittel befinden sich im Besitz der Nation insgesamt, andere befinden sich im Besitz von Kollektiven. Die Beziehungen zwischen den beiden Sektoren können durch den Markt reguliert werden - aber die gemeinsame Grundlage ist nach wie vor das sozialistische Eigentum. Eine sozialistische Gesellschaft ist von Natur aus zur Bereicherung der gesamten Bevölkerung angelegt. In einer sozialistischen Gesellschaft

wird niemals eine ausbeutende Klasse entstehen. Wird in China ein Unternehmen mit ausländischem Kapital gegründet, dann wird selbstverständlich ein neues Element hineingebracht. Natürlich werden die Eigentümer Kapitalisten sein. Aber in anderen Sektoren der Wirtschaft wird Volkseigentum vorherrschen" (The Peoples Republic of China 1979-84, Band 2).

Es gibt keine Anzeichen, daß die herrschende Fraktion der chinesischen Kommunistischen Partei angesichts der Erfahrungen in Osteuropa und der UdSSR eine Neubewertung ihrer Vorstellungen bezüglich des "Marktsozialismus" vorgenommen hat. Vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde die Linie der chinesischen Regierung von verschiedenen linken akademischen China-Spezialisten pflichtbewußt nachgebetet. Gelegentlich wird immer noch ein Schreiberling in der bürgerlichen Presse oder ein übriggebliebener desorientierte Linker mit Sympathie das "erfolgreiche" chinesische Modell der Marktform dem Bankrott der Perestroika in der Sowjetunion gegenüberstellen, oder behaupten, Dengs Reformen stellten einen "Dritten Weg" zwischen Kapitalismus und kollektiviertem Eigentum dar. In einem Artikel, der unmittelbar nach dem Scheitern des Moskauer Putsches von 1991 veröffentlicht wurde, empfahl Robin Blackburn, das zum Sozialdemokraten gewandelte Enfant terrible der britischen Neuen Linken:

"Falls die Wirtschaft Rußlands und anderer ehemaliger Sowjetrepubliken wiederbelebt werden wird, wird dies sehr viel wahrscheinlicher nach dem chinesischen Vorbild mittels der Ermutigung autonomer selbstverwalteter und republikanischer gesellschaftlicher Kollektivbetriebe geschehen als nach den ruinösen Dogmen der Chicagoer Schule" ("Russia Should Be Looking East, Not West", New Left Review, September-Oktober 1991).

Eine andere falsche Auffassung, die von alten Maoisten und einigen bürgerlichen Ideologen geteilt wird, besteht darin, daß die herrschende Bürokratie einen nahtlosen Übergang von einem System des kollektivierten Eigentums hin zum Kapitalismus erfolgreich herbeiführen könnte, ohne dabei ihre Herrschaft zu verlieren. William Hinton, Autor von Fanshen, der berühmten Chronik über die Kollektivierung im Dorf Changchuan, und überzeugter Maoist bis auf den heutigen Tag, beschuldigt Deng und andere, sich als "die kapitalistischen Wegbereiter" erwiesen zu haben, als während der Kulturrevolution brandmarkte. Im neuesten Buch Hintons, The Great Reversal, wird polemisiert:

"[Die Führer in Beijing] sind bürokratische Kapitalisten, die sich von neuem herausgebildet haben. Eifrig teilen sie die Wirtschaft in gigantische, familieneigene Lehnsgüter auf, bereit nach echter Kompradorenart China an den Meistbietenden zu verkaufen".

Das steht völlig im Einklang mit dem maoistischen Glauben an die Allmächtigkeit von Führern. Ebenso wie der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vom Willen und der Entschlossenheit eines großen Steuermannes und seiner getreuen Jünger abhängt, so kann der gesamte soziale und ökonomische Charakter einer Nation durch die ideologische Unreinheit einer Handvoll böser Bürokraten umgewandelt werden. So soll die Sowjetunion, welche unter Stalin von Mao als Musterbeispiel der sozialistischen Gesellschaft gepriesen wurde, 1956 als Ergebnis der Geheimrede

Chruschtschows, die seinen früheren Parteichef an den Pranger stellte, kapitalistisch geworden sein.

Ein Artikel von Richard Smith mit dem Titel "The Chinese Road to Capitalism" (New Left Review, May-June 1993) zerstört wirkungsvoll die meisten der oben genannten falschen Auffassungen (obwohl der Artikel durch ein an Shachtman erinnerndes falsches Grundverständnis gekennzeichnet ist, indem die chinesische Bürokratie als eine "herrschende Klasse" betrachtet wird). Smith unterscheidet zwei Dinge, die häufig in einen Topf geworfen werden: einerseits den Versuch des Deng-Regimes, Perestroika-ähnliche Marktmechanismen innerhalb des staatseigenen Sektors der Wirtschaft anzuwenden, und andererseits die Errichtung eines, praktisch ohne staatliche Kontrolle wachsenden, privaten Sektors. Das Scheitern des vorhergehenden Experimentes hat das Regime dazu geführt, sich stärker auf den dynamischen privaten Sektor von Chinas südlicher Küstenregion zu stützen. Doch der sich entfaltende Privatsektor muß zwangsläufig einen Auflösungseffekt auf die staatseigene Wirtschaft ausüben, auf die sich letztendlich die Macht der Zentralbürokratie gründet.

Enträtselung der chinesischen Perestroika

Deng hat mit seinem Perestroika-Experiment aus denselben Gründen wie Gorbatschow Schiffbruch erlitten. Wie wir vor fünf Jahren schrieben:

"Der Markt ist kein neutrales Instrument, das in den Dienst der kollektivierten Wirtschaft eingespannt werden könnte. Obwohl der Marktmechanismus in einer Planwirtschaft für die rationelle Verteilung von Konsumgütern genutzt werden kann, ist seine Logik letzten Endes antagonistisch zu einer Gesellschaft, in der die Produktion auf Grundlage der Bedürfnisse der Menschen geplant wird. Wo eine kollektiviert, von

den Produzenten geführte Wirtschaft in den Individuen ein Gefühl gegenseitiger sozialer Verantwortung fördert, erzeugt der Markt eine engstirnige materialistische Selbstgefälligkeit, den Krieg aller gegen alle. Es ist allerdings möglich, daß entweder in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus oder in den Anfangsphasen der kapitalistischen Restauration Markt und Plan innerhalb der selben Gesellschaft koexistieren, ebenso wie es für gesunde und krebsartige Zellen möglich ist, eine Zeitlang im lebenden Organismus zu existieren. Diese Koexistenz kann jedoch niemals eine friedliche sein. Am Ende muß der eine oder der andere die Oberhand gewinnen" (1917 6, Sommer 1989).

Anfänglich versuchte Deng, sich dem Markt zuzuwenden, um die Produktion zu steigern und den Export anzukurbeln, womit die harte Währung verdient werden sollte, die für den Kauf ausländischer Technologie zur Modernisierung der Wirtschaft notwendig ist. Obwohl die Reformen zu Beginn die Leistung von Industrie und Landwirtschaft erhöhten, scheiterten die Anstrengungen schließlich in beiden Bereichen, weil Markt und Plan - weit davon entfernt sich gegenseitig zu ergänzen - dazu neigen, ein gemeinsames, widerspruchsfreies Funktionieren zu verhindern.

Ab 1978 wurde das System der kollektivierten Landwirtschaftsbetriebe, durch das der Staat die Landwirtschaft direkt angeleitet hatte, aufgegeben. Aber obwohl Kollektive von privaten Parzellen verdrängt wurden und den Kleinbauern größere Entscheidungsfreiheit darüber gewährt wurde, was und wieviel sie produzierten, schlossen Bauernfamilien Verträge ab, die sie verpflichteten, den Löwenanteil ihrer Ernteerträge an den Staat zu verkaufen. In der Theorie waren diese Verträge freiwillig, aber die Bauern wurden häufig von lokalen Funktionären unter Druck gesetzt. Der Staat kontrollierte die Landwirtschaft auch indirekt über die Festlegung der Preise von zentralen Lieferungen (Dünger, Maschinen usw.).

Das neue System erhöhte von 1979-84 drastisch die landwirtschaftliche Produktion, aber nicht aufgrund einer natürlichen Überlegenheit von privaten Parzellen über kollektiviert Landwirtebetriebe, wie die westlichen Medien ständig behaupteten. Der anfängliche Erfolg war vielmehr auf die Tatsache zurückzuführen, daß der Staat die Preise auf dem freien Markt anglich, und die Verträge den Bauern einen Abnehmer garantierten. Diese Politik führte zu einem massiven Transfer von Reichtum an die Kleinbauern.

Sobald jedoch die staatlich vermittelten Preise hinter der Inflation zurückblieben, schränkten die Bauern sofort ihre Aussaat ein und richteten ihre Anstrengungen auf die profitablere Fleischerzeugung und Geflügelzucht. Viele Hunderttausende von Bauern verließen auch die Felder und gingen in die Städte oder begannen, in der ländlichen Industrie zu arbeiten. 1985 sanken die landwirtschaftlichen Erträge schneller als zu jedem anderen Zeitpunkt seit dem verheerenden "Großen Sprung nach vorn" der 50er Jahre. Obwohl die Erträge seither gestiegen sind, wurde das Niveau von 1979-84 niemals wieder erreicht.

Die Widersprüche von Chinas Perestroika sind noch stärker in der Industrie. Das Regime versuchte, die Produktivität zu erhöhen, indem es den Direktoren mehr Kontrolle über die Produktion einräumte und es Betrieben gestattete, einen größeren Anteil ihrer Gewinne zu behalten. Dies war als Anreiz zur ef-

Kontaktadressen der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Berlin:	M. Martin, Postfach 210 254 10502 Berlin
Hamburg:	PLK 079 731 Postamt 20 20253 Hamburg
Bay Area:	Bolshevik Tendency PO Box 31796 Oakland, CA 94604, USA
New York:	Bolshevik Tendency PO Box 385, Cooper Station New York, NY 10276, USA
Toronto:	Bolshevik Tendency PO Box 332, Adelaide St. Stn. Toronto, Kanada M5C 1J0
Montreal:	Box 1703, Suc. Place d'Armes, Montréal, Québec H2Y3L2 Canada
Wellington:	Permanent Revolution Group PO Box 9671 Wellington, Neuseeland

fektiveren Produktion gedacht. Doch der Markt kann nicht auf die Produktivität anspornend wirken, wenn nicht konsequent seine Logik der Konkurrenz eine Anwendung findet. Es darf nicht nur Belohnungen für Erfolge, sondern es muß auch Strafen für Mißerfolge geben. ArbeiterInnen, die zurückbleiben, müssen entlassen werden können, und es muß zugelassen werden, daß relativ ineffektive Betriebe Bankrott gehen. Das Vorhandensein einer Masse von Arbeitslosen stellt kein Problem für einen Kapitalisten dar - er ist für sie nicht verantwortlich. Tatsächlich hilft gerade ihre Gegenwart, den Preis der Arbeitskraft niedrig zu halten.

Aber weil China ein Arbeiterstaat bleibt, in dem die wichtigsten Produktionsmittel seit Jahrzehnten kollektiviert sind und unter zentraler Verwaltung stehen, zögerten die chinesischen Stalinisten immer, die Konkurrenz des Marktes zu ihrer logischen Schlußfolgerung zu führen. Wenn der Staat dafür verantwortlich ist, den Lebensunterhalt für Arbeitslose ebenso zu bestreiten wie für Beschäftigte, dann ist es sehr viel besser, wenn die Arbeiter beschäftigt sind, selbst wenn ihre Produktivität niedrig ist, wogegen sie als Arbeitslose völlig unproduktiv an den staatlichen Ressourcen zehren würden. Ferner könnten Angriffe auf die berühmte "eiserne Reisschüssel" der chinesischen Arbeiterklasse unvorhersehbare politische Folgen haben. Aus diesen Gründen ist leicht erkennbar, weshalb das Regime sich sträubte, Massenentlassungen und Betriebsschließungen zuzulassen, trotz vielem Gerede und selbst einer Gesetzgebung, die es den Direktoren theoretisch ermöglicht, einzustellen und zu entlassen, wie sie es für richtig halten. Im Gegensatz zu den Erfordernissen des Marktes setzt der Staat die Subventionierung unrentabler Betriebe fort, obwohl bis 1989 die Hälfte davon sich nicht selbst getragen hat. Erst kürzlich gab es auch größere Entlassungen im Staatssektor.

In Abwesenheit eines wirklichen Marktes versuchten Fabrikdirektoren zwangsläufig, ihr Ziel der Produktionsmaximierung auf die einfachste Weise zu erreichen: durch Erweiterung der Menge an Rohmaterialien, Maschinen und Arbeitskräften, die ihnen zur Verfügung standen. Dengs "Reformen" steigerten den

Output der Industrie um jährlich über zwölf Prozent zwischen 1979 und 1988. Aber die Gesamtkosten des Inputs stiegen noch schneller. Dazu Richard Smith:

"Investitionen in Anlagevermögen von neuen und erweiterten staatseigenen Anlagen stiegen um durchschnittlich 15,2% pro Jahr während desselben Zeitraumes ... 1991 [stieg] der Output der Industrie um zehn Prozent. Aber diese Zunahme des Outputs erforderte einen entsprechenden Anstieg von Kapitalinputs von 21,7% - mehr als die doppelte Output-Wachstumsrate".

Viele dieser Inputs bestanden aus importierten Maschinen, die mit Auslandskrediten bezahlt worden waren. In den meisten Jahren seit 1978 wies China ein Handelsdefizit auf. So haben die Marktreformen China bei den imperialistischen Banken und Kreditagenturen stark verschuldet hinterlassen anstatt die Exporte zu steigern und es China zu ermöglichen, die für die Modernisierung erforderliche Technologie zu erwerben. Regierungsanleihen schürten dann wieder die Inflation. Teilweise um diese Effekte zu kompensieren, verläßt sich das Regime mehr und mehr auf die in den Sonderwirtschaftszonen erzeugten Exporteinnahmen.

Die Arbeiterklasse und der Tiananmen-Platz

Mit einer sich auf 30% belaufenden Inflationsrate, einem sich unkontrolliert ausdehnenden kapitalistischen Gebiet im Süden und einer Korruptheit des Beamtenapparates von beispiellosem Ausmaß steuert China seit 1988 auf eine Krise zu. Viele aus der technokratischen Elite begannen, zur großangelegten Privatisierung der Wirtschaft aufzurufen. Das Regime fing an, sich bedroht zu fühlen und ergriff eine Reihe von Maßnahmen, die auf die Zügelung der Inflation und die Wiedergeltendmachung der zentralen Wirtschaftsplanung abzielten. Kredite und Subventionen an Betriebe wurden eingeschränkt, Importe wurden verringert und die Preiskontrolle wieder eingeführt.

Die Folge war ein akuter wirtschaftlicher Einbruch, der den Hintergrund für die Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz im Juni 1989 bildete. Die westlichen Medien tendierten dazu, die chinesische "Demokratiebewegung" als eine schlichte Nachbildung der Volksaufstände zu behandeln, durch welche die Stalinisten in Osteuropa von der Macht gefegt wurden. Ihr Ziel sei eine Demokratie nach "westlichem Vorbild" und eine "freie" Wirtschaft, hieß es, d.h. die kapitalistische Restauration. Die Wirklichkeit war komplexer. Viele der Studenten, welche ihr Lager vor der Großen Halle des Volkes aufgeschlagen hatten, waren in der Tat die Söhne und Töchter einer aufstrebenden technokratischen Elite, die sich danach sehnt, Bestandteil einer neuen chinesischen Kapitalistenklasse zu werden. Viele führende regimekritische Intellektuelle mit ihrer naiven Anbetung alles Westlichen sprachen die Ambitionen dieser



Maos "Kulturrevolution" 1968: kulturlose bürokratische Konterrevolution

aufstrebenden Eliten deutlich aus. Diese Schichten sind mit den am meisten rechtsgerichteten, prokapitalistischen Elementen der KPCh-Bürokratie locker verbunden.

Aber weit außerhalb des Wahrnehmungsbereiches westlicher Fernsehteams stand hinter den Studentenprotesten eine andere, mächtigere Kraft - die chinesische Arbeiterklasse. Ihre Streiks und Proteste in den vorangegangenen Monaten waren es, die die Kulisse für Tiananmen bildeten. Ihre Wut war es, die das Regime vor Furcht erzittern ließ; eine Wut, die sich nicht nur dagegen richtete, daß die korrupten Parteibürokraten ihre Privilegien wieder geltend machten, sondern auch dagegen, daß das tägliche Leben durch die "Marktreformen" dürftiger und unsicherer geworden war.

"Ab dem 17. und 18. Mai, als über eine Million Menschen in Peking demonstrierten... begannen die Arbeiter die Mehrheit der Massen zu bilden ... Arbeiter aus den größten staatlich geführten Betrieben der Hauptstadt, wie der Städtischen Stahlgesellschaft und der Petrochemischen Gesellschaft Yanshan, fielen am meisten auf. Sie kamen mit einer Armada von Lastwagen, Bussen und allen Arten von Fahrzeugen in die Stadt, schlugen Trommeln, Gongs und Becken und schwenkten rote Fahnen" (Shaoguang Wang: "Analyzing the Role of Chinese Workers in the Protest Movement of 1989", in China: The Crisis of 1989, Band 2).

Unter dem Druck ihrer Basis spendeten die Bürokraten des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes Geld an die Demonstranten:

"Und noch bemerkenswerter ist, daß einer sehr zuverlässigen Quelle zufolge der Allchinesische Gewerkschaftsbund sich einverstanden erklärte, für den 20. Mai zu einem landesweiten Generalstreik aufzurufen. Wahrscheinlich aufgrund dieser Bedrohung rief Li Peng in der Nacht des 19. Mai das Kriegsrecht aus. Aber das Kriegsrecht schüchterte die Studenten oder die Arbeiter nicht ein. Während die offiziellen Gewerkschaften zögerten, begannen die Arbeiter, autonome Gewerkschaften zu organisieren. In Peking entstand am 25. Mai ein Vorbereitungskomitee für eine 'Vereinigung der Arbeiterselbstverwaltung' (gongren zizhi lianhehui). Arbeiter in den Provinzen folgten dem Beispiel schnell" (ebenda).

Deshalb richteten die Truppen vom Juni 1989 ihre heftigsten Angriffe mehr gegen die den Tiananmen-Platz umgebenden Arbeiterbezirke als gegen den Platz selbst. Und deshalb wurden die härtesten Unterdrückungsmaßnahmen bei der auf Tiananmen folgenden Säuberung nicht gegen Studenten oder Intellektuelle, sondern gegen Arbeiter angewandt. Die chinesische Arbeiterklasse, der die maoistische Bürokratie schon immer Verachtung entgegenbrachte, wird ihrer Stimme wieder Gehör verschaffen - und nicht zugunsten der kapitalistischen Restauration.

(Erster von zwei Teilen - Übersetzung aus 1917 14:
China: the Gathering Storm)

1917

Englischsprachiges Organ der
Internationalen Bolschewistischen Tendenz
Einzelexemplar: DM 2,- + Porto DM 3,-
Abonnement: 4 Ausgaben/DM 15,-
Zu beziehen über Redaktionsanschrift